

Verordnung zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung

Pflegefachpersonal und Auszubildende in der Pflege im Ausland anzuwerben und beruflich wie sozial zu integrieren ist ein notwendiger, teilweise existenzsichernder Baustein in der Gesamtstrategie von Gesundheitseinrichtungen, um den vielfach beschriebenen Herausforderungen der Personalknappheit, gerade in den Pflegeberufen zu begegnen.

Der BVPM begrüßt die Vorhaben der Bundesregierung, weitere rechtliche Maßnahmen zur Ergänzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung vom 01.01.2020 umzusetzen, das zur Absenkung rechtlicher Hürden und die Schaffung zusätzlicher Zugangsmöglichkeiten beitragen soll.

Insbesondere die Beschleunigung der Verfahren im Einwanderungsprozess durch Änderungen der Aufenthaltsverordnung könnte mehr Planungssicherheit für alle Beteiligten in dem immer noch herrschenden bürokratisch aufgeladenen Anwerbe- und Migrationsprozess schaffen. Dazu ist die Geschwindigkeit im Aufbau der zentralen Anerkennungsstelle und die Zurverfügungstellung der Bescheide für die Antragstellenden Pflegefachpersonen in gleicher Weise zu forcieren, wie die bundeseinheitliche und unbürokratisch geregelte Gleichwertigkeitsprüfung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen in der Pflege.

Ebenso begrüßt der BVPM den einheitlichen Arbeitsmarktzugang für Pflegehilfskräfte, welcher ebenso für Auszubildende der Pflegehilfeberufe umzusetzen ist. Pflegehilfskräfte die in Deutschland eine Ausbildung absolviert haben, dürfen nicht mehr der Gefahr ausgesetzt werden, nach der Ausbildung das Land verlassen zu müssen, da sie bereits heute einen wertvollen Beitrag in der Pflege leisten und zudem die Möglichkeit zur beruflichen Weiterentwicklung zur Pflegefachperson nutzen könnten.

Jedoch darf im Hinblick auf den immensen Fachkräftebedarf keine unkontrollierte Fachkräftezuwanderung in der Pflege stattfinden, um die Pflegequalität beispielsweise aufgrund nicht ausreichender Sprachkenntnisse herabzusetzen oder Patienten zu gefährden.

Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen leisten seit langem unglaubliche Unterstützung in den Anerkennung- und Integrationsprozessen von ausländischen Pflegefachpersonen und nehmen dabei hohe Kosten auf sich. Denn ein geregeltes Einwanderungsverfahren reicht noch nicht aus, um einen auch für ausländische Pflegefachpersonen attraktiven Arbeitsplatz anzubieten.

Wir fordern deshalb neben einem einheitlichen, schnellen und unbürokratischen Einwanderungs- und Anerkennungsverfahren, die finanzielle Sicherstellung von Personalmehraufwand durch Integrationsbeauftragte und Praxisanleitenden in den Einrichtungen sowie zusätzliche Pflegepädagogikstellen in den Pflegeschulen. Ebenso müssen ausländische Pflegefachpersonen durch einen erleichterten Zugang zu geförderten Sprachkursen über die geforderte Sprachkompetenzstufe B2 hinaus auf die Arbeit am Patienten besser vorbereitet werden, um spürbare Entlastung in den Einrichtungen zu schaffen.